

# Krafauer Zeitung.

Nr. 287.

Donnerstag den 15. December

1864.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. VIII. Jahrgang. Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Jänner k. J. beginnende neue Quartal der

## „Krafauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1865 beträgt für Krakau 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krakau mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Nr. 6002.

Se. Excellenz der Herr k. k. Statthalter hat die bei der Sandeocer k. k. Kreisbehörde erledigte Kreisfanzlistestelle dem k. k. Bezirksfanzlisten Sgnaz Baczyński zu verleihen befunden.

Krakau, am 22. December 1864.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. December d. J. dem Rector des Piaristenkollegiums und Director des Obergymnasiums zu Brünn in Böhmen Ubaldo Kahl in Anerkennung seines vielfährigen verdienstlichen Wirkens das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. November d. J. den Vizecaplan, Confessor, Vicar und Pfarrer zu Meropaj Johann Soic zum Ehrenbürgeramt am Bengerer Domeskapitel allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 29. November d. J. den Schiffschreiber Louis de Soof in Blessingen zum unbesoldeten Viceconsul daselbst mit dem Rechte zum Besuche der tarifmäßigen Consulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 15. December.

Die zwischen Wien und Berlin schwebenden Verhandlungen dürften, schreibt ein Wiener Corr. der „Schl. Ztg.“, in Bälde zum Abschluss gebracht werden und zu dem Resultate eines österreichisch-preussischen Antrages in Betreff der Erbfolge-Angelegenheit führen. Schon hieraus ergibt sich die Unrichtigkeit der Annahme, als werde hier auf einen Bruch zwischen Oesterreich und Preußen hingearbeitet. Wenn man auch hier nicht im entferntesten geneigt ist, der preussischen Annexionspolitik Vorschub zu leisten, oder die angeblichen preussischen Erbansprüche für Ernst zu nehmen, so wird es doch als im Interesse der deutschen Sache gelegen anerkannt, daß die Ausdehnung des gemeinschaftlichen Zusammengehens der deutschen Großmächte auf die Ausstrahlung der Successionsangelegenheit wünschenswert sei. Man begeht nämlich auch einen Irrthum, wenn man glaubt, daß, wie sehr auch Oesterreich darüber wachen wird, daß die Rechte des Bundes in Betreff der Mitwirkung bei der Erbfolgeentscheidung gewahrt werden, es im Sinne unserer Regierung liegen könne, die Entscheidung durch den Bund allein herbeiführen zu lassen. Man darf nämlich nicht vergessen, daß Schleswig außerhalb des Bundes steht, der Bund allein also, ohne die Gefahr, unabsehbare Complicationen herbeizuführen und die Einmischung der europäischen Mächte zu provoziren, die Entscheidung über Schleswig nicht präcludiren könne und daß Oesterreich und Preußen als Großmächte um so mehr berufen sind, ihren Einfluß auf die Entscheidung geltend zu machen, als ja der factische Besitz, in welchem sie sich befinden, denn doch auch nicht unterschätzt werden darf. Von officiöser Seite wurde bereits betont, daß Oesterreich auf die Zusammengehörigkeit des Gesamtterritoriums der Herzogthümer das größte Gewicht lege; schon daraus resultirt, daß wenn nun erst dem Bunde Gelegenheit gegeben worden sein wird, an der Entscheidung in Betreff Holsteins mitzuwirken, die Entscheidung wegen Schleswig, da wegen der Untheilbarkeit der Herzogthümer der Herzog von Holstein auch Herzog von Schleswig ist, um so weniger auf Schwierigkeiten stoßen werde, als ja die gegenwärtigen Besitzer eben die beiden deutschen Großmächte sind. Es darf daher den Verhandlungen, welche dieselben behufs einer Vereinbarung eben pflegen, Vertrauen geschenkt und gewünscht werden, daß die Verhandlungen von keiner Seite durch Querzüge gekreuzt werden mögen. Alle anderweitigen über die

österreichischen Absichten coufirirenden Zeitungsgerüchte, wie z. B. die Nachricht der „Ind. belge“, daß Oesterreich seine Besitzrechte auf den Bund übertragen wolle, sind Erfindungen.

Es wird versichert, und diese Versicherung wurde auch durch die neuesten Münchener Erklärungen nicht klein nicht afficirt, sondern indirect bestätigt, daß Baiern ausgesprochener Maßen die Absicht hat, eine Berathung und eventuell eine Beschlußnahme der nicht großmächtlichen Bundesstaaten in demselben Augenblick zu veranlassen, wo entweder die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen über die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit eine Wendung nehmen sollten, welche für deren beschleunigte Erledigung keine Hoffnung mehr ließe, oder wo diese Verhandlungen in ein Resultat auslaufen würden, welches als den berechtigten Forderungen Deutschlands und Schleswig-Holsteins entsprechend nicht erachtet werden könnte. Und darin, wird hinzugefügt, hat Baiern sich schon jetzt der vollen Zustimmung Sachsens verschert.

Die „Weser-Zeitung“ vernimmt, daß am 11. d. in Altona eine Vorbereidung holsteinischer Ständemitglieder stattgefunden hat.

Nach Berichten aus Hamburg ist Seitens der Universität Kiel statt der von den Civilcommissaren geforderten Reversunterschrift eine motivirte Erklärung in den nächsten Tagen zu gewärtigen.

In Hamburg ist am 13. d. der österreichische Fregattencapitän Hund, designirt als Mitglied der in Kopenhagen zusammentretenden Commission zur Exaration der dänischerseits gemachten Prisen eingetroffen. Der preussischerseits ernannte Regierungsrath Eck wird ebenfalls erwartet.

Das officiöse „Dresdner Journal“ polemisiert gegen die preussisch-ministerielle „Provinzial-Correspondenz“ und sagt dabei bezüglich der „Rüstungen“ Sachsens: es sei wahr, daß in anderen deutschen Mittelstaaten davon keine Rede war, allein die „Provinzial-Correspondenz“ dürfe nur ihre eigenen früheren Artikel und die ihrer Gesinnungsgenossen einsehen, um zu sagen, ob gegen Sachsen nicht irgendwie sehr ernste Rüstungen nicht allein angeordnet, sondern in den Zeitungen verkündet waren. Das „Dresdner Journal“ will nur noch die Versicherung geben, daß die sächsischen Rüstungen nicht bloß Folge dieser Zeitungsproclamationen waren.

Die „Zeidl. Corr.“ verspottet bitter das Verfahren der sächsischen Regierung, weil diese ihre Truppen aus Holstein nicht durch Preußen heimkehren läßt.

Bei einer Berathung der Vorstände des deutschen Reformvereins ergab sich eine Stimmengleichheit für und gegen die Berufung des Vereins. In Folge dessen haben die Vorstände beschlossen, da ohnehin die Zeit schon zu weit vorgerückt ist, um für die ursprünglich noch in diesem laufenden Jahre in Aussicht genommene Versammlung eine so zahlreiche Theilnahme zu erwarten, wie sie gerade jetzt notwendig wäre, erwarten zu lassen, an dem Projecte selbst festzuhalten, zu dessen Ausführung aber erst in einigen Wochen zu schreiten. Die „Gen.-Corr.“ bemerkt: Dieser Beschluß ist allerdings zunächst aus Opportunitätsgründen gefaßt worden, nicht minder dürfte aber auch hierbei die Erwägung von Einfluß gewesen sein, daß voraussichtlich binnen Kurzem die Verhältnisse in Deutschland eine Gestaltung angenommen haben werden, in welcher eine großdeutsche Demonstration, an der eine möglichst starke Zahl von Gesinnungsgenossen und unter diesen die namhaftesten Vertreter des föderativen Princips sich betheiligten, von besonderem Gewichte sein könnte. Hiernach scheint die „Gen.-Corr.“ an eine Reformation der Bundesacte in nächster Zeit zu glauben.

Die „Volkszeitung“, die zur Sache orientirt sein kann, schreibt: „Der „K. Z.“ wird aus Frankfurt a. M. geschrieben, daß der Vorstand des sechsunddreißiger Ausschusses, den die Versammlung deutscher Landtags-Mitglieder vor etwa einem Jahre zur Durchführung ihrer Beschlüsse in der Schleswig-Holsteinischen Sache niedergesetzt hat, gegen die Annecton der Herzogthümer durch Preußen ein Manifest und sonstige Schritte vorbereite. Er habe an die sämtlichen Mitglieder des Ausschusses ein Circular erlassen, um deren Zustimmung einzuholen. Diese Mittheilung beruht wohl auf einem Irrthum; denn die geschäftstreibende Commission hat, so weit uns bekannt, die Ausschuß-Mitglieder nur zu einer Mittheilung über ihre Ansicht und die Ansicht ihrer Umgebung in Bezug auf die jetzige Lage aufgefordert.“

In Pariser diplomatischen Kreisen circulirt die Nachricht, Frankreich wolle Tunis unter das Protectorat der europäischen Mächte stellen, um es der Pforte und dem englischen Einflusse zu entziehen.

Aus Turin hört man, der Ministerialrath habe

am 10. d. das Verleugungsgesetz ausgefertigt, womit die zweijährige Käumungsfrist beginnt.

Wie man der „G. C.“ aus Rom, 10. December, schreibt, ist die Konferenz ad hoc zur Prüfung und Begutachtung von Reformentwürfen, deren Berufung wir vor einigen Tagen anzeigten, in der Bildung begriffen und wird schon in Bälde ihre Thätigkeit beginnen.

Die finanziellen Verlegenheiten des spanischen Governements nehmen einen sehr beunruhigenden Charakter an. Wie man aus Paris meldet, ist der Banquier Sourdis, bekannt wegen seiner ausgedehnten Speculationen in Comptantgeschäften, nach Madrid berufen worden, um dem Ministerium Narvaes in seiner Geldnoth beizustehen.

Zwischen Frankreich und England finden Unterhandlungen statt, welche die bei Neucaledonien gelegene „Insel der Treue“ (Loyalty) zum Gegenstande haben. Die englische Regierung verlangt eine Entschädigung zu Gunsten ihrer Missionäre, welche Frankreich angeblich aus dem Besitze gebracht haben soll.

Diejenigen Schiffe, welche die österreichischen Freiwilligen nach Mexico führen, werden ein gleiches Quantum französischer Soldaten nach Frankreich zurückzuführen, so daß die französische Armee successiv in ihre Heimath abrückt. Die Pferde der französischen Cavallerie werden an die Cavallerie des österreichischen Freiwilligenregiments übergeben, so daß der Pferdetransport hin und zurück erspart wird.

Der norwegische Postdampfer „Biken“ wurde bekanntlich am 13. Juli d. J., als er in Frederikshavn (Südtland) einlaufen wollte, von preussischen Truppen beschossen. Dieser Vorfall hat zu einer diplomatischen Correspondenz zwischen der preussischen und schwedischen Regierung geführt. Die officiöse „Post-Zeitung“ veröffentlicht heute in dieser Angelegenheit eine neuere Note des Herrn v. Bismarck an Herrn Särta, schwedischen Gesandten in Berlin. Dieselbe lautet:

Berlin, 27. November 1864.

Der königlich schwedische und norwegische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, Herr Särta, ist früher davon unterrichtet worden, daß eine gründliche Untersuchung eingeleitet werden würde in Beziehung auf das bedauerenswerthe Ereigniß, welches sich am 13. Juli bei der Ankunft des norwegischen Postdampfers „Biken“ vor Frederikshavn zutrug. Da diese Untersuchung jetzt geschlossen worden ist, hat der Unterzeichnete die Ehre, Herrn Särta das Resultat mitzutheilen. Nach dem Einrücken der preussischen Truppen in Frederikshavn hatte der Ober-Befehlshaber den Befehl erteilt, daß kein Fahrzeug in den Hafen einlaufen dürfe. In Folge dessen war die Flagge, welche den aufsehlenden Fahrzeugen als Signal dient, fortgenommen worden. Als der „Biken“ vor Frederikshavn erschien, steuerte er den Cours nach dem Hafen. Der Befehlshaber der Hafenswache, welcher trotz der Abwesenheit der freie Einfahrt signalisirenden Flagge ein mit voller Dampfkraft segelndes Fahrzeug dem Hafen sich nähern sah, maß demselben feindliche Absichten bei, um so mehr, als es aus dem Fahrwasser kam, welches als Station dänischer Kriegsschiffe bekannt war. Man glaubte den Danebrog zu erkennen und in diesem Augenblicke wurde der Befehl erteilt, auf das Fahrzeug zu feuern. Diese feindliche Handlung ist demnach ausschließlich einem Mißverständnis zu zuschreiben. Obwohl die schwedische Regierung eine Verwechslung der norwegischen Flagge mit dem Danebrog kaum für möglich erachtet, glaubt der Unterzeichnete dennoch die Aufmerksamkeit des Herrn Särta auf den Umstand hinlenken zu müssen, daß die rote Farbe sowohl an der einen als auch an der anderen Flagge einen wesentlichen Bestandteil ausmacht und daß ein Irrthum in diesem Falle um so weniger unerklärlich erscheinen kann, wenn man sich erinnert, daß, nach dem Rapport des Befehlshabers des „Biken“, die Farben seiner Flagge vollständig frisch waren. In jedem Falle kann die königlich preussische Regierung indeß nicht bestreiten, daß der Befehlshaber der Hafenswache durch Anwendung einer größeren Vorsicht vielleicht einem Mißverständnis hätte ausweichen können, welches unglücklicher Weise so beklagenswerthe Folgen gehabt hat. Man hat deshalb diesem Offizier eine der Beschaffenheit der Umstände entsprechende Vorstellung gemacht. Der Unterzeichnete ersucht Herrn Särta, gütigst seiner Regierung die vorstehende Erklärung mittheilen zu wollen. Die Regierung Sr. Majestät bedauert auf das Lebhafteste ein Ereigniß, welches, obgleich demselben jegliche feindliche Absicht fernlag, gleichwohl auf einen Augenblick bei einer freundschaftlich gesinneten Macht Bedenken erzeugen konnte.

v. Bismarck.

Mit dieser Erklärung wird die Sache wohl beigelegt sein.

Den „Hamb. Nachr.“ wird aus Berlin gemeldet, daß die handelspolitischen Unterhandlungen zwi-

schen Preußen und Frankreich beendet seien und die Unterzeichnung der betreffenden Protocolle täglich zu erwarten stehe.

Der „Indep. belge“ schreibt man aus Berlin, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich beendet sind und daß man nächstens die Unterzeichnung der Protocolle erwartet, welche mehrere Bestimmungen des Handelsvertrags erläutern und modificiren. Die nachträglichen Verhandlungen erfolgten auf den Wunsch mehrerer Zollvereinsstaaten, und Frankreich kam ebenfalls bereitwillig entgegen. Das Princip des Vertrages wird durch diese nachträglichen Bestimmungen nicht alterirt. Wie der Correspondent hinzusetzt, hatte man behauptet, die Verhandlungen hätten namentlich den Zweck, für Oesterreich die Concessionen, welche es verlangte und welche das Wesen und die Tragweite des Vertrages wesentlich modificirt haben würden, zu erlangen. Er versichert, daß dem durchaus nicht so sei, und daß die österreichischen Forderungen in den Nachtragsprotocollen nicht erwähnt werden.

Nach Berichten aus Berlin wird Herr v. Hof nächstens nach Berlin kommen, um die in Prag abgebrochenen Zollverhandlungen Oesterreichs mit Preußen fortzusetzen.

Nach dem Antwortschreiben Baierns an den Schweizer Bundesrath sind die Einleitungen zur Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse bereits getroffen und ist Baiern zu Unterhandlungen bereit. Zum Conferenzort wird Stuttgart vorgeschlagen.

## †† Krakau, 14. December.

Die „Lemberger Zeitung“ vom 13. December bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Krakau im Monate November 1864 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Urtheile.

- Wegen Verbrechen der unbefugten Werbung.
1. Ludwig Blaszkiewicz aus Spytkowice, Deconom, 45 J. alt, kath., in Concurrenz mit der Uebertretung der Kundmachung vom 28. Februar 1864, durch unbefugten Munitionsbesitz, nebst Verfall der Munition, zu 2monatl. Kerker. — 2. Carl Suchocki aus Krakau, Tischlergeselle, 28 J. alt, kath., ledig, ab instantia losgesprochen.
- Wegen Verbrechen des Hochverratheß.
3. Konrad Troczynski aus Jankizyn, Bäckergehilfe, 28 J. alt, kath., ledig, Mitglied der Nationalwache und — 4. Joseph Gintowt aus Wociejym in Russland, Geometer, 39 J. alt, kath., ledig, Mitglied der Nationalwache, ab instantia losgesprochen.
- Wegen Verbrechen der Majestätsbeleidigung.
5. Andreas Bialik aus Wisznice, Student, 19 J. alt, kath., ledig, in Concurrenz mit dem Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe, zu 2mon. Kerker. — 6. Andreas Potagowski aus Soszkowice, Privatlehrer, 20 J. alt, kath., ledig, in Concurrenz mit dem Verbrechen der Verschlebung zum Verbrechen des Mordes, vom Verbrechen der Majestätsbeleidigung ab instantia losgesprochen, wegen des anderen Verbrechen der Untersuchung eingestellt. — 7. Sigmund Sanik aus Sanfowice, Tagelöhner, 24 J. alt, kath., ledig, in Concurrenz mit der Uebertretung der Kundmachung vom 29. Februar 1864, durch Besitz fremder Ausweise, zu 3mon., durch 1mal. Fasten in jeder Woche verschärften Kerker. — 8. Johann Kwiatkowski aus Sanfowice, Tagelöhner, 22 J. alt, kath., ledig, wegen desgl. vom Verbrechen ab instantia losgesprochen, wegen Uebertretung zu 3wöch. Stockhausarrest.
- Wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe.
9. Joseph Julinski aus Krakau, Dr. der Philosophie, 23 J. alt, kath., ledig, nach Warschau zuständig und — 10. Thaddäus Julinski aus Krakau, Dr. der Medicin, 29 Jahre alt, kath., ledig, nach Warschau zuständig, beide ab instantia losgesprochen. — 11. Joseph Szewczyk aus Szarnówka, Dr. der Medicin und Assistent an der Klinik in Krakau, 30 J. alt, kath., ledig, die 6mon. Untersuchungshaft als Strafe angerechnet. — 12. Christoph alias Titus Wikulski aus Niepolomice, 23 J. alt, gewesener Techniker, über Anrechnung von 4 Monaten der Untersuchungshaft zur Strafe an noch zu 5mon., durch Eisenanlegen und wöch. 2mal. Fasten verschärften Kerker. — 13. Michael Kowalski fälschlich Zielinski aus Dugoszyn, ohne Profession, 22 J. alt, kath., ledig, die 2monatl. Untersuchungshaft als Strafe angerechnet. — 14. Adalbert Baran recte Kania aus Zawozno, 25 J. alt, kath., ledig, ohne Profession, zu 2mon. Kerker. — 15. Giacyn Stupien aus Dugoszyn, beurlaubter Gemeiner des 30. Jäger-Bataillons, 25 J. alt, kath., ledig, zu 40 Stockstreichen. — 16. Anton Jaromir aus Dugoszyn, 18 J. alt, kath., ledig, ohne Profession, — 17. Bartholomäus Baran aus Dugoszyn, 20 J. alt, katholisch, ledig, ohne Profession. — 18. Stefan Stodolak aus Marguszowa, 28 J. alt, kath., ledig, Diurnist, in Concurrenz mit dem Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt. — 19. Johann Mar-





